

NOE

Der folgende Artikel ist ein Auszug aus der Ausgabe 03/2011 von **NEUES OSTEUROPA**.

Für diesen Auszug gelten die in der Ausgabe gemachten Angaben.

Die einzelnen Beiträge geben die Meinung ihrer Autoren wieder.

Alle Rechte an Text und Bild verbleiben bei ihren Urhebern.

C H R I S T O P H S C H M I D T *

Ist das Internet pfadabhängig?

Derzeit wetteifern zwei Konzepte miteinander, um den Wandel Osteuropas nach dem Ende der Sowjetunion zu erklären. Teilmodernisierung läuft auf den Versuch hinaus, wirtschaftliches Wachstum zu benutzen, um politische Stagnation zu übertünchen. Dieser Versuch ist keineswegs neu und brachte Weltreiche zum Einsturz, das zarische wie das sowjetische, die beide bemüht waren, Fabriken zu eröffnen, echte Parlamente aber zu schliessen. Die brutale Modernisierung unter Stalin seit 1928, Zwangskollektivierung und Fünfjahresplan, stellt im Grunde nur das Extrem einer solchen Entwicklung dar, bei der Wünsche nach politischer Partizipation im Terror erstickt wurden.

Als das wirtschaftliche Wachstum in den letzten Jahren der Sowjetunion jedoch nachließ und Wünsche nach politischer Beteiligung wieder erwachten, zeigte sich das System überfordert und brach zusammen. Das Konzept der Teilmodernisierung war damit an seine Grenzen gestoßen – und dennoch schiffte sich Putin abermals auf diesem Dampfer ein. Die Erlöse aus dem Rohstoffverkauf an den Westen dienen ihm dazu, sich im Innern Stillschweigen zu erkaufen. An dieser Stelle kommt damit das zweite Erklärungsmodell zum Tragen, das Pfadabhängigkeit behauptet. Diese Annahme besagt, dass nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kein Vakuum eintrat. Vielmehr bestehen zahlreiche Institutionen fort, formlos und formell, so dass Neuerungen geringen Spielraum vorfinden. In diesem Sinne werden auch zukünftige Prozesse durch vergangene bestimmt.

Putin ist auch deshalb ein so dankbares Beispiel, weil er beide Konzepte zu kombinieren scheint. Je nach dem Kontext können sich beide ja auch widersprechen. An dieser Stelle ergeben sich allerdings zwei Probleme: 1. war das Programm der Teilmodernisierung wie 1991 gesehen ja erfolglos. Ob dieser neuerliche Versuch also einen anderen Ausgang nimmt, bleibt ebenso abzuwarten wie in China. 2. jedoch

* Christoph Schmidt ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

haben im ehemaligen Ostblock ja durchaus Umbrüche stattgefunden, so die orangene Revolution in der Ukraine 2004 und die Tulpenrevolution in Tiflis 2003. In beiden Fällen, so scheint es, gelang es den heutigen Machthabern jedoch, das Rad anzuhalten oder wieder zurückzudrehen.

In der Ukraine machte der neue Präsident Viktor Janukovič nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten am 25.2.2010 wesentliche Errungenschaften der sog. „Revolution“ wieder zunichte, insbesondere durch Entmachtung des Parlaments und durch die neuerliche Orientierung an Moskau. Davon kann in Georgien nach dem Krieg mit Russland vom August 2008 zwar keine Rede sein. Dennoch gebärdet sich Eduard Saakaschwili dort mittlerweile so autokratisch, dass es Ende Mai 2011 in Tiflis sogar zu wütenden Protesten gegen ihn kam. Seit November 2007 richtete sich der Zorn der Demonstranten immer wieder gegen das autoritäre Vorgehen des Präsidenten und gegen die wirtschaftliche Krise. Auch dass es bei Saakaschwilis Wiederwahl 2008 durchweg mit rechten Dingen zugeht, davon waren nicht alle OSZE-Beobachter überzeugt.

Warum war die ukrainische wie georgische Opposition also trotz Internet außerstande, das Rollback zu verhindern? Wird dieses Medium in seiner politischen Bedeutung überschätzt? Im Grunde ist es doch eine Binsenweisheit, dass Kommunikationsfreiheit im Netz eine Beschränkung der Pressefreiheit kompensieren kann. Noch vor wenigen Jahren zählten die Ukraine und Georgien wie die baltischen Länder zu denjenigen früheren Sowjetrepubliken, denen der Systemwechsel anscheinend gelungen war. Nun aber kehren sie ins Lager der Dinosaurier zurück, wo Minsk und Moskau sie charmant erwarten.

An dieser Stelle ergibt sich der Eindruck, das neue Medium sei kontextabhängig. In den USA konnte es bei der Wahl Obamas sehr wohl zur Mobilisierung der Demokraten und insbesondere der Jugend beitragen, nicht aber in Osteuropa, wo andere Bedingungen vorliegen. Offenbar griffen die Umbrüche von 2003 und 2004 nicht tief genug und erfassten weder Wirtschaft noch Gesellschaft, sondern beschränkten sich auf reinen Personalaustausch. In diesem Fall erneuert sich der Status quo entweder per neuerlichen Machtwechsel wie in der Ukraine oder

unter Beibehaltung personeller Kontinuität durch anhaltende Sachzwänge. In beiden Fällen ist die Transformation misslungen.

Ist damit auch die digitale Gemeinschaft gescheitert? Vermutlich schon, nur hatte sie bei Lichte besehen kaum eine Chance. Vier schwerwiegende Gründe sprechen dafür.

1. Weder die Ukraine noch Georgien erlebten die Verschmelzung von Bloggern und politischer Opposition. Dafür kamen die Umbrüche in beiden Ländern zu früh und zu schnell. Auch zum Sturz des Ancien Regime hatten Blogger in Kiev und Tiflis nichts beigetragen. Der entscheidende Impuls kam nicht von unten, sondern von oben aus der politischen Konfrontation innerhalb der politischen Kaste.
2. Beide Länder stehen noch am Anfang der digitalen Revolution. Dies gilt weniger für die großen Städte als für die Provinz und weniger für Georgien als für den Flächenstaat Ukraine, das zweitgrößte europäische Land. Diese Digitalisierung durchzusetzen ist in jungen Ländern wie in Nordafrika weitaus leichter als in überalterten wie der Ukraine, die infolge der Strukturprobleme einen demographischen Rückgang erlebt. Hier ist die Zeit kein natürlicher Verbündeter der Opposition. Wie jede Neuerung erfasst auch das Internet zuerst die Jugend, vollzieht sich also im Generationswechsel. In Deutschland ist ein Viertel der Bevölkerung nicht online und wird es wohl auch nicht mehr, in China zwei Drittel.
3. Für eine Facebook-Revolution mangelt es an wenigen und hervorragenden Zielen. Ethnisch, konfessionell, wirtschaftlich und politisch bildet die Ukraine eher zwei Hälften als ein Ganzes: Die östliche schaut auf Moskau, die westliche zur EU. Diese Teile zusammenzubinden, hatten auch die Politiker nicht geschafft. Nicht durch Zufall kam der eine (Juščenko) aus dem Westen, der andere (Janukovič) aber aus dem Osten. Vor diesem Hintergrund wäre eher zu vermuten, dass eine Graswurzelbewegung via Internet die territoriale Desintegration verstärkt.
4. Spätestens an dieser Stelle zeigt sich die große Schwäche der digitalen Gemeinde. Die neuen Medien reichen wohl dazu aus, um sich zu der und der Zeit auf dem und dem Platz zu verabreden. Was man dort aber ganz genau

will, lässt sich erst dann diskutieren, wenn man das Weltreich des Virtuellen verlassen hat. Organisation kann Programmatik nicht ersetzen. Inhaltliche Diskussionen aber sind nicht die Stärke des Web. Sie erfordern gesicherte Grundlagen, Analyse, Bewertung, Entscheidung und Abstimmung. Von diesen fünf Punkten lässt sich allenfalls der letzte ins Internet verlagern.

Die Frage muss vorerst offen bleiben, ob politischer Raum im klassischen Sinn und Internet überhaupt deckungsgleich sind. Auch hierfür liefert die Ukraine ein geeignetes Beispiel. Für Russland kam der Ukraine immer wieder Pionierfunktion zu. Wesentliche Impulse zur Verwestlichung erreichten das Zarenreich über Lemberg und Kiev. Sollte sich die Ukraine also dauerhaft für Demokratie und EU entscheiden, hätte dieser Weg Bedeutung weit über die Ukraine hinaus. Wie es scheint, hat die Ukraine diese Vorreiterrolle derzeit jedoch eingebüßt. Sowohl für Moskau als auch für Brüssel kam die Rückkehr zur Pfadabhängigkeit einem Bedeutungsverlust der Ukraine gleich. So oder so ähnlich lauten vermutlich die Schicksalsfragen der ukrainischen Politik – und zu deren Diskussion bietet das Internet bestenfalls einen Kommunikationskanal unter vielen.

Im Kern tritt dieses Medium wie alle anderen nur als Multiplikator auf, es verstärkt ohnehin ablaufende Prozesse. Daher kann ein und dasselbe Medium je nach Umfeld unterschiedliche Konsequenzen auslösen: Im Westen kommt das Internet im weitesten Sinne der Zivilgesellschaft zugute. Diese bestand aber auch schon vorher. Innerhalb der westlichen Gesellschaften unterstützt das Internet eine deutliche Autoritätsverlagerung von oben nach unten. Nicht länger sind politische Parteien auch Volksparteien, gestaltende Kraft geht von Politikern in der EU kaum noch aus. Auch Angela Merkel hat es zu keinem Zeitpunkt geschafft, einfach nur „durchzuregieren“. Anders dort, wo die Zivilgesellschaft noch im Aufbau ist wie in der Ukraine oder wie in China, wo sie bislang kaum aus den Startlöchern kam. Facebook ist dort gesperrt – und Google zog 2010 Leine. Hier hat es bislang eher den Anschein, als könne das Internet keinen Beitrag dazu leisten, die Situation zugunsten schneller Demokratisierung zu kippen.

Alles in allem ist das Internet ja nur ein Modernisierungsindikator von vielen. Wenn das demographische Wachstum nachlässt und die Urbanisierung steigt, nimmt auch die online-Quote der Bevölkerung zu. Da sich das Internet zensieren lässt wie jedes andere Medium auch, ist eine unmittelbare Verknüpfung zwischen Demokratisierung und Internet aber nicht stichhaltig. Ein klarer Strukturunterschied im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum tritt zwischen Demokratie und Diktatur erst mittelfristig zutage: Demokratische Systeme erzielen über Jahre hinweg zumeist ein mittleres Wirtschaftswachstum, autoritäre jedoch entweder ein ganz geringes (I) oder ein ganz starkes (II). Dabei hat China den Übergang von I zu II bislang gemeistert, die Sowjetunion jedoch ist auf dem Weg von II zu I kollabiert.

Pfadabhängig oder nicht, im Grunde läuft die Debatte ja darauf hinaus, ob das neue Medium eher den Herrschenden zugute kommt oder den Beherrschten. Die kürzeste Antwort darauf lautet vermutlich: Bestehende Tendenzen werden im Internet verstärkt, mehr aber auch nicht. Die Facebook-Revolution endet, wenn der Toyota-Krieg beginnt... und Revolution ist immer noch auf der Straße.